

EINWOHNERRAT



Gemeinde
HORW

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Maya Niederberger
Telefon 041 349 12 51
E-Mail maya.niederberger@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 20. November 2025, 14.00 Uhr – 20.20 Uhr
Sitzungsort Aula Schulhaus Allmend
Vorsitz Jürg Biese

PROTOKOLLAUSZUG

Anwesend 30 Einwohnerratsmitglieder Entschuldigt –
 5 Gemeinderatsmitglieder
 1 Gemeindeschreiber

Traktandenliste

5. Bericht und Antrag Nr. 1772 Aufgaben und Finanzplan (AFP) 20262

5. Bericht und Antrag Nr. 1772 Aufgaben und Finanzplan (AFP) 2026

Eintreten GPK

Die GPK hat den B+A Nr. 1772 am 4. und am 11. November 2025 besprochen. Es zeigte sich wie jedes Jahr, dass die festen und gebundenen Ausgaben den Hauptteil der Ausgaben von ca. 116 Mio. Franken ausmachen. Die Bildung schlägt mit 2.5 Mio. Franken mehr am meisten zu Buche. Das Massnahmenpaket «attraktiver Lehrerberuf» des Kantons schlägt auch bei uns durch. Die Investitionen im Bildungswesen sind mit 13.9 Mio. Franken auch sehr hoch. 44 Projekte, darunter das Schulhaus Allmend, stehen hier in den Büchern. Der Poolbeitrag Sonderschulung, obwohl wir dies im AFP der Gemeinde nicht so explizit gesehen haben, steigt ebenfalls um 30 %. Beiträge im Sozialwesen, Prämienvverbilligungen, Ergänzungsleistungen und die sozialen Einrichtungen der Gemeinde steigen auch um 0.8 Mio. Franken auf über 7 Mio. Franken. Eine wesentliche Ausgabe sinkt aber um 4.2 Mio. Franken, das ist die Zahlung in den Finanzausgleich. Dies ist dem Defizit im Jahr 2023 geschuldet und ab 2026 wird gemäss der Teilrevision des Finanzausgleichs im Bereich Ressourcenausgleich die Abstufung nach Zentrumslasten gestrichen. Die bereits im Rat geforderte und diskutierte Steuerfussenkung um 0.05 Einheiten ist im AFP 2026 eingerechnet und umgesetzt. Diese Umsetzung kommt fast ohne budgetlosen Zustand aus und ist dadurch sehr verträglich und es gibt dadurch auch keine negativen Schlagzeilen.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Die GPK stellt drei Anträge:

1. Gesundheitswesen: Die Kürzung der Altersstrategieprojekte, wie es im AFP heisst, um 50'000 Franken, weil die Stelle erst Mitte Jahr überhaupt besetzt werden kann. Die Diskussionen gingen erneut um das Anforderungsprofil der Stelle. Der Stellenbeschrieb, welcher der GPK zugestellt wurde, war der Stellenbeschrieb der HSLU und entspricht nicht dem noch immer nicht existierenden Stellenbeschrieb der Gemeinde Horw. Der Gemeinderat wird diesen, wenn er dann endlich existiert, noch besprechen und darüber entscheiden.
2. Bei der Schule wurden aus Versehen Löhne doppelt budgetiert.
3. Die GPK hat festgestellt, dass wir die Feuerwehersatzsteuer im AFP nicht festlegen, was wir aber tun müssten. Die Feuerwehersatzsteuer wird ab sofort jedes Jahr mit einem Beschluss festgelegt.

Ohne Antrag stellt die GPK fest, dass die Beträge für die E-Ladestationen zwar textlich noch im AFP stehen, aber nach Rücksprache mit Meinrad Hermann nicht in der Erfolgsrechnung enthalten sind und deshalb den AFP betraglich nicht belasten. Ein weiterer Punkt ohne Antrag war die Diskussion der zu sanierenden Weiher im Gebiet Spitz. Die GPK möchte zwei Punkte beleuchten. Nach Rücksprache mit dem Kanton übernimmt dieser vermutlich die kompletten Kosten für die Sanierung, was aber vom Kanton noch nicht definitiv bestätigt ist. Das wäre dann falsch budgetiert, denn die Ausgaben von 120'000 Franken sind budgetiert, aber keine Einnahmen. Der Punkt «Ökologie» wurde in der GPK ebenfalls diskutiert, ohne einen Anspruch auf Fachwissen. Wir finden es aus ökologischer Sicht fraglich, ob Weiher mit einer je ca. 60 m² grossen Blechwanne zu sanieren sind. Diese inkl. Schacht für den Wasserstand, mit dem Wissen, dass die Natur diese beiden Weiher nicht angenommen hat und nur Oberflächenwasser zur Verfügung steht, aber kein Zufluss. Da fragen wir uns, ob das wirklich Sinn macht oder ob es sinnvoll wäre, das Projekt an einem anderen Ort zu machen. Es ist kein Antrag der GPK, es wurde lediglich diskutiert.

Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des B+As Nr. 1772 und sind für Eintreten und Zustimmung.

Eintreten BVK

Ivan Studer (Die Mitte)

Die BVK hat an der Sitzung vom 10. November 2025 die relevanten Bereiche des Aufgaben- und Finanzplans 2026 beraten. An der Beratung waren Gemeinderätin Astrid David Müller, Gemeinderat Thomas Zemp, sowie Michael Mahrer, Martin Kopp und Roger Wüest anwesend. Wie jedes Jahr gibt es zahlreiche Investitionen, welche zeitlich verschoben wurden oder nicht planmässig umgesetzt werden konnten. So zum Beispiel beim Seefeld, beim Friedhof und oder bei der PV-Anlage Werkhof Teil 1 und Teil 2. Zur PV-Anlage Werkhof 1 und 2: Die Anlage wurde 2025 nicht realisiert. Gemäss Aussage der zuständigen Gemeinderätin Astrid David Müller ist es nicht sicher, ob diese technisch überhaupt realisiert werden kann, da die nächste Trafostation zu weit entfernt ist. Zusätzlich wird das Gebäude evtl. bereits ab 2035 nicht mehr gebraucht. Eine PV-Anlage hat eine Lebensdauer von 20 bis 25 Jahren. Aus Sicht der BVK macht es daher wenig Sinn, auf dem Dach des Werkhofs für knapp 500'000 Franken eine solche Anlage zu installieren. Das Geld kann an einem anderen Ort besser für klimafreundliche Anpassungen eingesetzt werden. Die BVK wird hierzu zwei Anträge stellen.

Erfreulich ist, dass die ewl die Realisierung der E-Ladestationen übernimmt und somit auch für alle erforderlichen Investitionen aufkommt. Auch hier wird die BVK einen Antrag stellen. Ein weiteres Diskussionsthema waren die Quaggamuscheln. Diese Quaggamuscheln sind für die Gemeinde Horw eine grosse Herausforderung. Zwischen 2026 und 2029 fallen über 3 Mio. Franken Investitionen im Bereich Wasserversorgung an. So muss im Krämerstein eine entsprechende Filteranlage sowie ein System zur Entfernung der Muschel in den Rohren eingebaut werden. Aufgrund dieser Mehraufwendungen und der geplanten neuen Druckerhöhungsstation steigt der personelle Aufwand ab 2027 um 80 Stellenprozente. Für das Schulhaus Allmend und die Umgestaltung des Friedhofs hat die Gemeinde externe Bauherrenunterstützung eingekauft. Seitens der BVK wurde die Gemeinde darauf hingewiesen, dass zukünftig bei ähnlichen Vergaben auch wieder Horwer Unternehmen und Personen angefragt werden sollen.

Die BVK dankt dem Gemeinderat für die Erstellung des AFPs 2026 und ist für Eintreten und Annahme des B+As.

Eintreten BGSK

Philipp Peter (L20)

Die BGSK hat am 12. November 2025 die Aufgabenfelder, welche der BGSK entsprechen, beraten. Das sind Bildung, Freizeit und Sport, Gesundheitswesen, Sozialhilfe und -beratung sowie Kultur und Gesellschaft. Im Rahmen dieser Sitzung konnten der Gemeinderat, aber auch – und das möchte ich explizit erwähnen – die Rektorin Karin Ugolini und Chris Lenz die Fragen der Kommission kompetent und präzise beantworten. Im Grossen und Ganzen reiht sich der AFP in die Linie der letzten Jahre ein und bringt keine wesentlichen Neuerungen oder Überraschungen mit sich. Einige Punkte möchte ich dennoch exemplarisch aus der Kommissionssitzung herausheben:

1. Im Bereich Bildung ist die Begabten- und Begabungsförderung mit einem Förderkonzept klar auf Kurs. Die Entwicklungen sind nachvollziehbar und fachlich gut abgestützt.
2. Der Fachkräftemangel bleibt eine grosse und strukturelle Herausforderung. Wir haben deshalb einen Antrag vorbereitet, Messgrössen zu integrieren, welche Hinweise darauf geben, wie sich die Stellenbesetzung unter diesen Bedingungen weiterentwickeln. Es soll ein Monitoring entstehen, das sicherstellt, dass die Qualifikation bezüglich der Klassen-, Fach- und Förderlehrpersonen langfristig gewährleistet bleibt.
3. Die geplante Open Library ist ein innovatives Projekt. Wir freuen uns sehr auf ein Bibliotheksangebot, das den gesellschaftlichen Bedürfnissen nach erweiterten Öffnungszeiten gerecht wird und neue Nutzungsformen der Bibliothek ermöglicht.
4. Erfreulich ist die weiterhin hohe Nachfrage nach dem Horwer Jugendtreff. Das Angebot wird sehr rege genutzt und schafft für Jugendliche in Horw ein wertvolles

Freizeit- und Kreativangebot. Das kann auch als Indikator für die Bedeutung und Wirkung der Jugendarbeit gedeutet werden.

5. Bereits heute ist ein deutlicher Anstieg der Pflegestunden zu verzeichnen. Und wir gehen davon aus, dass dieser Trend in den nächsten Jahren weiter stark zunehmen wird. Es freut uns daher, dass mit der budgetierten Altersstrategie ein erster Schritt im Umgang mit dieser grossen Herausforderung unternommen wird.

Die BGSK hat insgesamt auf eine Abstimmung über den AFP verzichtet, da wir uns in der Beratung bewusst auf die Aufgabenfelder von unserer Kommission beschränkt und damit unsere fachliche Verantwortung wahrgenommen haben. Wir sind für Eintreten und Detailberatung des B+As.

Eintreten Die Mitte/GLP

Pius Barmet (GLP)

Der B+A Nr. 1772 haben wir vor einer Woche an unserer Fraktionssitzung besprochen. Mit dem vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan schlägt uns der Gemeinderat eine Steuerfussenkung um 0.05 auf 1.40 Einheiten vor. Diese Senkung entspricht dem Willen einer Mehrheit des Einwohnerrats aus der Debatte vor einem Jahr. Der Gemeinderat wurde gebeten, eine Steuerfussenkung mit einem ganzheitlichen Blick auf die Horwer Finanzen zu prüfen und nach Möglichkeit in den AFP 2026 einzubringen. Der entsprechende Vorschlag liegt uns jetzt vor. Das budgetierte Defizit von 4.9 Mio. Franken mag auf den ersten Blick nicht ausgewogen erscheinen – aber bei einer mehrjährigen gesamtheitlichen Betrachtung ist es das aber dennoch. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass die Steuererträge in Horw schwierig zu prognostizieren sind. Im Budget wird mit ausserordentlichen Steuererträgen von 2 Mio. Franken gerechnet. Das finden wir einen passenden Wert für ein einzelnes Jahr. Es wird aber wieder Jahre geben, wo dieser Wert deutlich übertroffen wird, weshalb wir ein Defizit planen dürfen. Die Gemeinde hat heute eine finanziell grundsolide Basis. Mit einem Eigenkapital von über 270 Mio. Franken (Stand Ende 2024) haben wir den Spielraum, um die anstehenden Investitionen zu tätigen. Die Gemeinde hat keine Nettoverschuldung. Aktuell haben wir ein Nettovermögen von rund 2'900 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Besonders wichtig ist aber, dass der AFP auch Leitplanken enthält, welche definieren, wann wieder eine Steuerfusserhöhung nötig wäre oder wann eine weitere Senkung in Betracht zu ziehen ist. Soweit zu den grösseren Kennzahlen.

Durchaus kritisch betrachten wir aber auch die stark steigenden Ausgaben der Gemeinde, und zwar über fast alle Aufgabenbereiche hinweg. Wir stellen fest, dass die Ausgaben im Aufgabenbereich Bildung stark gewachsen sind. Dies aufgrund von steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen, aber auch durch die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufes. Das war richtig und wichtig, aber wir sind der Meinung, dass jetzt auch einmal eine Phase der Konsolidierung angesagt ist. Auch die steigenden Kosten im Gesundheitswesen sind aufgrund der Demografie schwer beeinflussbar. Was uns hier aber aufgefallen ist, sind die Kennzahlen der privaten Spitex. Da ist es an der Gemeinde, genauer hinzuschauen, weshalb diese Betreuungszahlen bzw. -stunden im Vergleich zur öffentlichen Spitex so stark steigen. Beeinflussen kann die Gemeinde die Kosten für Verwaltung und Betrieb, wo wir ein Plus von 1.7 Mio. Franken budgetieren. Wir hatten diesbezüglich zweifelsfrei einen grossen Nachholbedarf und verabschiedeten deshalb auch ein neues Personalreglement. Wir sehen aber auch hier anschliessend eine Konsolidierungsphase, in welcher die Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen erfüllt werden sollen.

Zu den Investitionen gibt es in diesem Jahr nicht viel zu sagen. Wir haben eher unterdurchschnittliche Nettoinvestitionen von 11.7 Mio. Franken. Aber auch hier wissen wir, dass das mit Überträgen etc. über die Jahre ausgeglichen wird. Generell lässt sich auch hier feststellen, dass wir auf einem guten Stand sind. Die Prioritäten sind aktuell richtig gewählt mit dem klimafreundlichen Gebäudepark und dem Schulhaus Allmend. Insgesamt steht Die Mitte/GLP vollumfänglich hinter dem präsentierten Aufgaben- und

Finanzplan. Das Budget 2026 ist ausgewogen und wir unterstützen die Steuerfuss-senkung von 1.45 auf 1.40 Einheiten. Die finanziellen Kennzahlen schaffen eine solide Ausgangslage, sodass die Gemeinde auch grössere Schwankungen in den kommenden Jahren auffangen kann. Es ist wichtig, dass wir jetzt diesen kleinen Schritt machen, auch im Sinne der Attraktivität der Gemeinde und im Sinne, die Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner möglichst tief zu halten.

Wir empfehlen, den B+A Nr. 1772 zustimmend zu Kenntnis zu nehmen und empfehlen folglich auch die zustimmende Empfehlung für die Stimmberechtigten für die Abstimmung im Januar 2026. Wir bedanken uns beim Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung dieses qualitativ guten B+As und sind für Eintreten.

Eintreten L20/Junge L20

Frank Matter (L20)

Die L20/Junge L20-Fraktion hat vergangene Woche den Aufgaben- und Finanzplan 2026 eingehend diskutiert. Wir danken an dieser Stelle allen beteiligten Personen für die Erarbeitung. Mit dem vorliegenden Budget beantragt der Gemeinderat, trotz einem Defizit von fast 5 Mio. Franken, eine Steuerfuss-senkung um 1/20 Steuereinheit.

Aus Sicht unserer Fraktion ist dieses Vorgehen aus mehreren Gründen falsch: Es ist falsch, weil sich Horw aktuell keine Steuerfuss-senkung leisten kann. So hat der Gemeinderat in seiner Finanzstrategie selbst aufgezeigt, dass spätestens nach drei Jahren die Steuern wieder angehoben werden müssten. Das Polster, welches wir über ausserordentliche Einnahmen über mehrere Jahre aufgebaut haben, wird leichtfertig aufs Spiel gesetzt und dadurch noch schneller aufgebraucht. Das ist doch keine nachhaltige Finanzpolitik. Es ist falsch, weil Horw gerade jetzt jeden Steuerfranken braucht. Es stehen zahlreiche Investitionen an. Alleine in den nächsten vier Jahren müssen mehr als 78 Mio. Franken investiert werden, wie zum Beispiel in das dringend benötigte neue Schulhaus Allmend oder in die Sanierung des Friedhofs. Investitionen in die Zukunft der Gemeinde und für die ganze Horwer Bevölkerung sind deutlich wichtiger und sinnvoller als Steuergeschenke. Es ist auch falsch, weil von einer Steuerfuss-senkung vor allem Reiche und Besserverdienende profitieren. Gemäss dem Gemeinderat nützt die Senkung über 80 % der Horwerinnen und Horwer wenig bis gar nichts. Die Gemeinde muss dadurch aber zusätzliche Schulden von 2.5 Mio. Franken pro Jahr machen und über Jahre hinaus Zinsen zahlen. Wir sind nicht bereit, Steuergeschenke auf Kosten der kommenden Generation mitzutragen. Es ist ebenfalls falsch, weil dadurch die täglich in Anspruch genommenen und wichtigen Infrastrukturen und Leistungen der Gemeinde gefährdet werden. Gute Schulbildung, intakte Strassen, optimale Gesundheits- und Pflegeversorgung, sicherer öffentlicher Verkehr, wichtiger Schutz und Unterstützung oder die notwendigen Investitionen in die Energiewende und die Nachhaltigkeit könnten gekürzt oder gestrichen werden, wenn der Gemeinde das Geld knapp wird.

Wir wehren uns gegen jede Form von Leistungsabbau. Für uns hat unsere schöne Gemeinde Horw so viel mehr zu bieten als nur einen tiefen Steuersatz. Es ist bedauerlich, dass sich auf bürgerlicher Seite scheinbar alles nur darum dreht. Viel wichtiger für eine attraktive Wohngemeinde sind ein gut ausgebautes Infrastruktur- und Dienstleistungsangebot, wie zahlreiche Studien immer wieder belegen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass dieses Angebot weiterhin bestehen bleibt. Für ein lebenswertes Horw für alle.

Die L20/Junge L20-Fraktion ist folglich gegen die vorliegende Steuerfuss-senkung um 1/20 Steuereinheit und empfiehlt dem Einwohnerrat, diese ebenfalls abzulehnen. Zudem werden wir zu einzelnen Aufgaben im Budget 2026 Anträge stellen. Wir sind für die Diskussion und Eintreten auf den B+A Nr. 1772.

Eintreten FDP

Stefan Maissen (FDP)

Horw hat in den letzten Jahren grosse Ertragsüberschüsse erzielt. Das Eigenkapital ist per Ende 2024 auf rund 272 Mio. Franken gestiegen und wird voraussichtlich auch 2025 auf diesem Niveau bleiben. Der Bilanzüberschuss steigt laufend an und hat per Ende 2024 stolze 218 Mio. Franken betragen. Ein Bilanzüberschuss kann bekanntlich nur durch Defizite verringert werden. Aus diesem Grund ist die FDP der Überzeugung, dass das budgetierte Defizit 2026 für das nächste Jahr in der Höhe von 4.9 Mio. Franken problemlos verkraftbar ist. Wir sind überzeugt, dass unter der Ägide von unserem Finanzvorsteher Hans-Ruedi Jung wie immer sehr vorsichtig budgetiert wurde. Über die letzten zehn Jahre – ich habe das schon mehrfach erwähnt – ist das Ergebnis bekanntlich um über 100 Mio. Franken besser ausgefallen, als es der Gemeinderat jeweils in den Aufgaben- und Finanzplänen prognostiziert hat. Und ja, auch 2025 wird gemäss Gemeinderat das Ergebnis einmal mehr deutlich besser ausfallen als budgetiert. Die Voraussetzungen für eine Steuerfusssenkung sind also gegeben: Hohes Eigenkapital, eine sehr solide Investitionsfähigkeit, stabile Ertragsquellen und eine weiterhin positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen. Die finanzielle Basis der Gemeinde ist äusserst solide, und alle Kennzahlen zeigen ein gesundes Gesamtbild, auch für die Zukunft.

Die FDP-Fraktion begrüsst deshalb den im Aufgaben- und Finanzplan 2026 vorgesehenen tieferen Steuerfuss von 1.40 Einheiten. Wir von der FDP hätten uns ja bekanntlich eine deutlichere Senkung auf 1.35 gewünscht. Wir verzichten aber auf einen Antrag, weil dafür im Rat leider keine Mehrheit vorhanden wäre. Sollten sich aber die Zahlen und Prognosen für das nächste Jahr erneut verbessern, werden wir bereits auf den AFP 2027 eine weitere Senkung beantragen. Grundsätzlich steht die FDP hinter dem AFP 2026. Er wurde sorgfältig und seriös aufbereitet. Wir nehmen den Budgetierungsprozess in der Gemeinde als professionell und mehrheitlich transparent wahr, auch wenn die Globalbudgets für das Parlament schwierig zu lesen sind. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass mit den Ressourcen in der Gemeinde grundsätzlich vorsichtig und gescheit umgegangen wird. Nur wäre für uns eigentlich klar, dass der Verwaltungsapparat und auch die Sach- und Betriebsaufwände nicht stärker als die Volkswirtschaft und die Bevölkerung wachsen dürften. Dort liegen wir bekanntlich bei rund 1 % oder ein bisschen darunter. In Horw wächst aber der Personalaufwand auf nächstes Jahr um 7.7 %, der Sachaufwand um 7.8 %, eigentlich unglaubliche Zahlen. Das Wachstum beim Gesamtaufwand wird zwar im AFP mit «nur» 2.53 % ausgewiesen, das ist aber nur so, weil im Finanzausgleich 4.2 Mio. Franken weniger anfallen. Wir sparen somit nicht, umso mehr erstaunen mich die Voten von linker Seite, wo tatsächlich von Leistungsabbau und Sparprogrammen die Rede ist. Die FDP anerkennt, dass ein grosser Teil des Aufwandwachstums extern gesteuert ist. Dazu gehören z.B. die Lohnanpassungen bei den Lehrpersonen oder auch die Pflegerestkosten. Aber nicht alles lässt sich darauf zurückführen. Besonders der Ausbau im Personalbereich sehen wir äusserst kritisch. Neben der im heutigen Umfeld sehr grosszügigen Anpassung der Lohnsumme bringt auch das heute verabschiedete neue Personalreglement deutliche Verbesserungen. Stossend ist für uns, dass Personalwechsel und wohl auch Probleme in der Personalführung oftmals als Grund genommen werden, die Stellenprozente nach oben anzupassen. Wir würden eigentlich erwarten, dass hausgemachte Probleme nicht über die Erhöhung von Stellen gelöst werden. Hier sieht die FDP Horw ein weiteres Spar- und Effizienzpotenzial, das künftig vom Gemeinderat konsequenter genutzt werden sollte. Eine Überprüfung des Leistungsportfolios ist auch in der Finanzstrategie explizit vorgesehen und müsste regelmässig stattfinden. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass der AFP ausgewogen und fair ausgestellt wurde.

Die FDP ist für Eintreten. Wir werden den Anträgen der GPK und der BVK folgen.

Eintreten SVP

Reto von Glutz (SVP)

Mit dem Aufgaben- und Finanzplan budgetiert der Gemeinderat erneut einen Aufwand-überschuss, für 2026 sind es bekanntlich die rund 4.9 Mio. Franken. Unvermeidlich und auch bereits erwähnt wurden die hoheitlichen Leistungsaufträge von Bund und Kanton, welche die Ausgabenseite in die Höhe treiben. Namentlich die Bildung und Tagesbetreuung. Dazu trägt auch die Ausgleichszahlung der Gemeinde Horw an den kantonalen Finanzausgleich bei. Festzuhalten ist, dass der Beitrag netto gesunken ist und für 2025 noch 4.87 Mio. Franken ausmacht, also annähernd das Ausmass des Defizits. Das Zahlenspiel ist interessant. Der Spielraum der Gemeinde ist und bleibt – besonders bei der Bildung und Betreuung – stark begrenzt. Unsere Gemeinde steht aber nicht still, sondern hat ein paar grosse Projekte. Sie kennen sie, der ergänzende Neubau Schulhaus Allmend, die Strassenbauprojekte, die Ufermauern oder den Ausbau der Tagesstrukturen. Mit dem steten Wachstum der Bevölkerung, mehr Lernenden und damit mehr Schulklassen sowie Lehrpersonen steigen Bedarf und Kosten ebenso an wie in der Verwaltung. Ausserdem fällt auf, dass die Gemeinde öfters Dienstleistungen einkauft, insbesondere in Zusammenhang mit dem Neubau SH Allmend und zur Friedhofs-Erneuerung. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht, das Notwendige vom Wünschbaren zu trennen und die Steuergelder dort auszugeben, wo es wirklich nötig ist. Aus diesem Grund setzt sich die SVP weiterhin konsequent für einen haushälterischen Umgang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln ein.

Dennoch, oder erst recht, hatte es die SVP-Fraktion schon vor einem Jahr als richtig und vertretbar bezeichnet, den Steuerfuss in der Gemeinde um ein 1/20 zu senken und den Horwer Steuerzahlenden etwas zurückzugeben. Die Fraktion blieb am Thema dran und wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat eine ähnliche Haltung vertritt und mit dem AFP 2026 tatsächlich eine moderate Steuerfussenkung vorschlägt. Das ist nicht nur in unserem Sinne, sondern erlaubt es dem Gemeinwesen – entgegen den Ausführungen der L20 – weiterhin den Standard unserer Gemeinde hochzuhalten und den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Investitionen und Einnahmen sind in einem vernünftigen Verhältnis. Mit dem Budget 2026 wird endlich eine Reduktion um 1/20-Einheit beschlossen. Das ist das konsequente Ergebnis einer seit vielen Jahren verfolgten vorsichtigen Finanzplanung, kritischem Beobachten vom Gemeinderat, aber auch der Kommissionen und einer gewissen Risikoabwägung, wie es im Leben ist. Es geht jetzt wirklich darum, den Steuerzahlenden von Horw – den Privatpersonen und dem Gewerbe – etwas zurückzugeben und überhaupt nicht um Steuergeschenke.

Die SVP-Fraktion ist in diesem Sinne für Eintreten und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den detaillierten Aufgaben- und Finanzplan 2026. Sie folgt den Anträgen der Kommissionen und wird selbst einen Antrag zum Kredit zur Sanierung Weiher Spitz stellen. Zusätzliche Ausgabenbeschlüsse werden wir nicht unterstützen, aber im Grossen und Ganzen sieht es so aus, dass wir dann auch zustimmend Kenntnis nehmen und den weiteren Anträgen des Gemeinderats folgen.

Haltung Gemeinderat

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Zuerst darf ich Ihnen erneut danken für die vertiefte Auseinandersetzung, die Sie in den Kommissionen und in den Fraktionen hatten im Zusammenhang mit unserem AFP 2026. Bei den Diskussionen, an welchen ich dabei sein durfte, habe ich gemerkt, dass Sie sich wirklich intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt und sich auch vertiefte Überlegungen gemacht haben. Das ist bei einem so umfangreichen Werk, das Sie jedes halbe Jahr einmal vorgelegt bekommen, nicht selbstverständlich, das möchte ich auch einmal betonen. Den Dank, den Sie der Verwaltung abgestattet haben, wird durch den Gemeindeschreiber via Kaderinfo den Budgetverantwortlichen weitergeben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, unserem Leiter Finanzen, Meinrad Hermann, speziell zu danken. Das ist sein letzter AFP, den er erstellt hat. Meinrad Hermann geht gegen Ende Jahr in die wohlverdiente Pension und ich danke ihm auch in Ihrem Namen

für seine langjährige Tätigkeit für unsere Finanzen ganz herzlich. Und bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen seinen Nachfolger René Henseler vorstellen.

Zu Ihren Voten gibt es nicht viel zu ergänzen, ich hatte ein paar Déjà-vus. Einerseits hängt es mit den weltanschaulichen Ansichten zusammen, welche Sie entsprechend Ihrer Partecoleur vertreten. Andererseits habe ich auch bezüglich der Steuerfussenkung immer wieder das Gleiche gehört wie damals 2015, als wir die Steuern gesenkt haben. Man hat auf der einen Seite den Untergang der Gemeinde beschworen und auf der anderen Seite aber auch gehört, dass man viel mehr hätte machen können, als was wir gemacht haben. Dann hatten wir 2020 eine versteckte Steuerfussenkung im Zusammenhang mit dem AFP 2020, das geht auch immer wieder vergessen, dort hatten wir eine rechte Einbusse, welche wir auch überlebt haben. Aber alles in allem haben wir immer versucht, mit vernünftigen Schritten, mit vielleicht zu kleinen Schritten für die einen, zu grossen Schritten für die anderen, unser Finanzschiff auf Kurs zu halten und man kann sagen, dass uns das in den letzten Jahren nicht schlecht gelungen ist. Unsere Gemeinde steht finanziell gut da, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden und der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir den Weg der kleinen, aber bewährten Schritte so weitergehen sollten. Im Übrigen haben Sie unsere Einschätzung der finanziellen Lage und auch unsere Absichten, was wir mit den Finanzen im Sinn haben, entnehmen können, deshalb möchte ich gar nicht länger werden.

Auch ich begrüsse Meinrad Hermann und René Henseler.

Jürg Biese (FDP)

Detailberatung B+A Nr. 1772 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026

Aufgabenbereich 121 – Bildung

Philipp Peter (L20)

3. Messgrössen, S. 58/59

Bei den statistischen Messgrössen stellt die BGSK ihren Antrag: Im Aufgabenbereich Bildung sind folgende Messgrössen in den IST-Bereich aufzunehmen:

- Anzahl Klassenlehrpersonen ohne Lehrdiplom.
- Anzahl (Fach-)Lektionen, die ohne entsprechende Lehrbefähigung erteilt werden.
- Anzahl Förderlehrpersonen ohne entsprechende Ausbildung.
- Anzahl Lektionen von Förderlehrpersonen, die ohne entsprechende Ausbildung erteilt werden.

Ich begründe diesen: Wie Sie alle wissen, wurde es in den letzten Jahren für die Bildung, für die Schulen, immer schwieriger, genügend qualifiziertes Lehrpersonal zu rekrutieren. Die Messgrössen, welche wir vorschlagen, berücksichtigen den zunehmend schwierigen Markt. Es geht nicht darum, dass sich die Gemeinde Horw dem entziehen und dieser Situation nicht ausweichen kann, sondern es geht darum, dass wir Grössen haben, mit denen die Situation über die verschiedenen Jahre beobachtet werden kann. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, dass wir die Messgrössen beantragen, wie viele Klassenlehrpersonen in der Gemeinde Horw im Einsatz sind, welche nicht über ein Lehrdiplom verfügen, also sogenannte Lehrpersonen ohne Lehrdiplom. Dass wir aber auch die Anzahl Fach- und die Anzahl Lektionen, welche ohne entsprechende Lehrbefähigung erteilt werden, erhoben haben wollen. Die Anzahl Förderlehrpersonen – das sind die mit Abschluss oder mit Qualifikation, welche besonders schwierig zu gewinnen sind. Dann weiter Förderlehrpersonen, welche ohne entsprechende Ausbildung in der Gemeinde Horw tätig sind und auch hier die Anzahl Förderlektionen, welche ohne entsprechende Ausbildung an den Schulen Horw erteilt werden. Weshalb ist es aufgesplittet? Weil wenige Lehrpersonen in einem 100 %-Pensum arbeiten und sich das Pensum der Lehrpersonen aus unterschiedlichen Beständen zusammenstellt. Dieses besteht eben nicht nur aus Unterricht, sondern auch aus anderen Elementen im Schulalltag. Mit diesen vier Zahlen haben wir über die Jahre hinweg ein gutes Bild, wie sich die Lage entwickelt und wir haben Einblick, was die Gemeinde Horw

beziehungsweise die Schulen Horw unternehmen können, um ihre Lehrpersonen nachzuqualifizieren. Wir machen Ihnen deshalb beliebt, den Antrag anzunehmen.

Der Gemeinderat opponiert dem Antrag nicht grundsätzlich und es kann durchaus Sinn machen, dass man solche neuen Messgrößen in den B+A aufnimmt. Wir möchten aber kurz darauf aufmerksam machen, was wir geplant haben. Wir haben in Absprache mit der GPK beschlossen, dass wir einmal alle Messgrößen und alle Sollzahlen analysieren. Wir stellen diese zusammen und werden diese dann zuerst im Gemeinderat durchkämmen, und machen Ihnen dann einen Vorschlag, auf welche Zahlen wir verzichten könnten. Nachher geht der bereinigte Vorschlag in die GPK, dort wird noch einmal darüber diskutiert. Danach gehen wir in die anderen Kommissionen und besprechen, welche Zahlen wir streichen könnten und welche allenfalls neu aufzunehmen wären, wie jetzt der Vorschlag der BGSK. Wir haben festgestellt, dass wir einen riesigen Zahlenfriedhof im AFP und der Jahresrechnung haben. Viele dieser Zahlen mögen zwar aus statistischen Gründen interessant sein, aber es sind nicht unbedingt Zahlen, über welche Sie gemeindestrategisch steuern. Damit meine ich jetzt nicht die neuen Zahlen, welche Herr Peter vorhin vorgeschlagen hat, sondern diejenigen, die schon im AFP stehen. Wir würden das gerne in einer Gesamtschau anschauen und dann auch sinnvollere Zahlen hineinnehmen und diejenigen, bei welchen wir festgestellt haben, dass sie keinen Sinn mehr machen, rauskippen. Das ist ein Projekt, das wir zusammen mit der GPK angehen, da werden Sie in den Kommissionen von uns begrüßt. Vielleicht ist dann halt diese Zahl noch nicht im Jahresbericht 2026 enthalten, aber vielleicht ist sie im nächsten Jahr im AFP 2027. Wir nehmen die Anregung gerne entgegen.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Ich habe eine Anmerkung zum Antrag. Was hier fehlt, ist das Gesamtverhältnis. Wir haben die totale Anzahl Lehrpersonen, wo man das in den Kontext setzen könnte, aber wir haben nicht die totale Anzahl Lektionen. Herr Jung, wenn Sie das prüfen, halten Sie das bitte im Hinterkopf. Es geht ja grundsätzlich um den Anteil, wo man die Trends sieht.

Ramon Bisang (FDP)

Ich habe ebenfalls noch eine Anmerkung diesbezüglich. Wenn wir viele Teilzeitanstellungen haben – zum Teil auch mit kleinen Pensen – dann wird es besser ersichtlich mit der Messgrösse FTE (Full Time Equivalent). Die Messgrößen werden auf ein 100 %-Anstellungsverhältnis heruntergebrochen, basierend auf dem Stellenplan. Das als kleine Anmerkung von meiner Seite.

André Fallet (GLP)

Die Diskussion scheint erschöpft, es liegt der Antrag der BGSK vor.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Bemerkung der BGSK: Im Aufgabenbereich Bildung sind folgende Messgrößen in den IST Bereich aufzunehmen:

- Anzahl Klassenlehrpersonen ohne Lehrdiplom
- Anzahl (Fach-)Lektionen, die ohne entsprechende Lehrbefähigung erteilt werden.
- Anzahl Förderlehrpersonen ohne entsprechende Ausbildung
- Anzahl Lektionen von Förderlehrpersonen, die ohne entsprechende Ausbildung erteilt werden.

Dem Antrag wird einstimmig mit 29 Stimmen zugestimmt.

4. Erfolgsrechnung, Personalaufwand

Hier kommt der erste Antrag der GPK. Wir haben festgestellt, dass die Erfolgsrechnung gekürzt werden muss, da eine doppelte Budgetierung im AFP war.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag auf Änderung der GPK: Das Globalbudget ist um 237'650 Franken auf 26'591'505 Franken zu reduzieren.

Dem Antrag wird einstimmig mit 29 Stimmen zugestimmt.

Jürg Biese (FDP)

Aufgabenbereich 301 – Bau und Umwelt

5.1 Projekte der Investitionsrechnung, Pos. 478006, Sanierung Weiher Spitz

Die SVP-Fraktion hat bei den Investitionen in diesem Aufgabenbereich den angekündigten Antrag zur Sanierung der Weiher Spitz. Es ist ein Antrag, auf die Investition im Umfang von 120'000 Franken komplett zu verzichten. Ein paar Gedanken dazu: Sie wissen, das ist das Weihergebiet neben dem Wohngebiet Grisigen, Richtung Buholz, die Bachverbauung hinauf, ausserhalb der Bauzone, unmittelbar neben Strassen und Wohnquartieren. Aus der Vergangenheit – ich gehe da jetzt nicht auf Details ein – wissen Sie aber, es wurde in den Kommissionen gesagt, dass der Weiher zeitweise oder ganz ausgetrocknet ist. Das Ganze war weder aus Sicht der Finanzen noch aus Sicht des Natur- und Heimatschutzes ein erfolgreiches Projekt. Wir sind da in einer Position, in welcher Naturschutz überfällig ist – und nicht mehr in einem Verhältnis steht. Ich lasse da gerne noch die Diskussion laufen. Es ist keine zielgeführte Investition und es geht nicht darum, dass das eventuell vom Kanton übernommen wird. Es ist in der Sache nicht das Projekt, mit dem sich Horw im Naturschutz auszeichnen kann. Kurz gesagt, wir beantragen, den Kredit zu streichen.

Reto von Glutz (SVP)

Das war jetzt ein interessantes Wort, dass es im Sinne des Naturschutzes überfällig ist. Ich bin genau der gleichen Meinung, das ist überfällig, wir hätten schon lange reagieren müssen. In der kommunalen Naturschutzverordnung ist das Objekt als Nr. 3, Weiher Pumpwerk Spitz auf der Parzelle 530 ausgewiesen. Es ist eines unserer geschützten Naturobjekte, und so sind wir verpflichtet, das zu erhalten und zu unterhalten. Jetzt ist es so, dass sich auf dieser Parzelle 530 zwei Weiher befinden. Einer ist 21 Jahre alt und der andere ca. 30 Jahre alt. Wir können jetzt lange darüber diskutieren, ob dieser sinnvoll ist oder nicht. Ich kann es selbst auch nicht unbedingt beurteilen, aber ich habe mindestens ein Projektbeschrieb, der detailliert Auskunft über die geplante Instandstellung dieser beiden Weiher gibt. Dort ist die Ausgangslage abgehandelt, dort ist die ökologische Bedeutung abgehandelt und dort sind auch die geplanten Massnahmen zur Abdichtung abgehandelt, inklusive verschiedener Abdichtungsvarianten, wo man letztlich die evaluiert hat, die jetzt umgesetzt werden soll. Das Projekt wurde von Biologen erarbeitet, wurde mit den betroffenen kantonalen Fachstellen besprochen und für sinnvoll und zweckmässig befunden, und das will etwas heissen. Diese Weiher befinden sich im Wald, wie das Reto von Glutz richtig sagt, die sind ausserhalb der Bauzone und das baut man nicht einfach so, wenn es nicht nötig wäre.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Aufgrund der mündlichen Abklärungen – wir haben extra noch einmal nachgefragt, Herr Camenzind – ist es nicht so, dass der Kanton das zu 100 % zahlt. Aktuell wurden 50 % der Kosten in Aussicht gestellt. Der Kanton kann bis zu 100 % zahlen, vor allem bei Neubauprojekten von Weiher. Das wurde in den letzten Jahren an verschiedenen Orten gemacht, auch mit Unterstützung der Korporation Horw, aber auch mit Unterstützung von privaten Waldeigentümern. Gerade zuletzt in der Oberrüti wurden neue Weiher erstellt und diese sind wichtig für den Erhalt von bedrohten Arten. Deshalb bitte ich Sie, dem Kredit von 120'000 Franken zuzustimmen. Sie wissen, wir müssen brutto budgetieren, das ist unabhängig davon, ob die Einnahmen nachher kommen oder nicht. Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir die Einnahmen mit der Grössenordnung von mindestens 50 % zumindest in Aussicht gestellt. Auch die Albert Köchlin Stiftung unterstützt jeweils sehr grosszügig.

Ich danke für die Ausführungen Herr Zemp. Im AFP, S. 102, steht dazu nur, dass es sich beim Weiher um eine Ausgleichsmassnahme im Rahmen der Autobahnüberdachung handelt. Von dem her hätte ich begrüsst, wenn die Diskussion nicht in der GPK, sondern in Ihrer Kommission geführt worden wäre.

Sofia Galbraith (L20)

Die Diskussion wurde in beiden Kommissionen geführt, in der BVK und in der GPK. Und ich habe in beiden Kommissionen den Bericht respektive den Projektbeschrieb abgegeben. Vielleicht kommt auch deshalb kein Antrag aus diesen Kommissionen.

Thomas Zemp
(Die Mitte)

Ich bestreite nicht, dass es die Weiher für die Artenerhaltung braucht. Ich zweifle nur an, dass es in dem Masse sein muss, dass man 60 m²-Wannen verlegt. Adrian Kempf von der kantonalen Dienststelle für Landwirtschaft und Wald schreibt bei den Weihern des Bireggwalds «Nicht jeder Standort eignet sich für Waldweiher. Sie werden nur auf natürlichen, feuchten, staunassen Waldstandorten mit einer wasserundurchlässigen Lehmschicht im Untergrund gebaut, weswegen bei der Realisierung von Weihern keine künstlichen Materialien eingebaut werden müssen.» Das schreibt Adrian Kempf. Und noch einmal, ich hinterfrage nicht, dass es den Weiher als Ausgleichsmassnahme braucht. Sie sagen, diese sind 30jährig. Dann hat man zwei gebaut, Ausgleichsmassnahmen gemacht. Ich hinterfrage, wie es da drin steht, ob der Standort richtig ist. Weil wenn der Standort richtig wäre, müssten wir das Ganze nicht unterhalten beziehungsweise schon unterhalten, aber nicht in dem Masse. Es steht ganz klar im Projektbeschrieb drin, den Sie haben, Herr Zemp, dass nur Oberflächenwasser zur Verfügung steht und kein Zufluss möglich ist. Und dadurch ist der eine Weiher seit 13 Jahre trocken und der andere beginnt zu lecken, weil er vermutlich auch zu trocken ist. Es ist nicht hinterfragt, dass man es machen muss. Die Frage ist, ist es am richtigen Ort und sind es die richtigen Massnahmen.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Ich möchte mich dem Vorredner anschliessen. Eine Stahlwanne – eine grosse Stahlwanne im Naturschutzgebiet – steht für mich schon per se im Widerspruch. Wenn man ein Biotop in einen Naturschutz hineinlegen kann und es dann einen Zufluss hat, dann hat es entsprechend Frösche und verschiedene andere Amphibien, die sich in das hineinbetten, dann ist ja das das Eine. Aber wir haben es schon mehrfach gehört, der Weiher ist ausgetrocknet, es ist von der Natur her gar nicht gegeben, dass der Weiher in dem Sinn Fortbestand hat. Ausser eben, wir machen eine riesige Stahlwanne hinein – sprich einen grossen Stahltank, wenn man so will – dass man das Wasser künstlich zurückbehalten kann. Das macht für mich einfach keinen Sinn. Und dann meinte ich schon, dann müsste es irgendwo einen anderen Standort oder andere Möglichkeiten geben, wo man dann die Sachen im Sinne des Naturschutzes machen könnte. Aber wenn der Standort einfach falsch ist, künstlich irgendetwas zu erzwingen, das hat für mich auch nichts mehr mit der Natur zu tun.

Reto Eberhard (SVP)

Es gibt vielleicht noch ein Missverständnis. Ich bin Ingenieur – Biologen können da vielleicht anders argumentieren. Aber wir stellen den Weiher nicht unbedingt dorthin, wo er als Weiher schön ist. Der hat mehr die Funktion eines Trittsteins. Wir stellen diesen dorthin, wo es den Lebensraum braucht, weil der Lebensraum nicht mehr vorhanden ist und nicht dort, wo der Weiher funktioniert, aber wo es ihn nicht braucht. Im Sinne von «funktioniert dieser als Gewässer». Und dort, wo wir diesen bauen, dort funktioniert er in dem Sinn. Er ist zwar nicht durchflutet mit Wasser – aber wenn er genug dicht ist, dann lebt er vom Oberflächenwasser, also vom Regen. Das verdunstet dann langsam und senkt ab, und das ist genau der Lebensraum, den diese Tierchen brauchen. Zum Beispiel bei der Renaturierung der Grube Grisigen haben wir viele Baggerschlitze reingemacht, damit dort so wie Tümpel entstehen, wo die Tierchen drin sind, wo die Pioniertiere kommen und sich ansiedeln. Und wir werden in der Grube Grisigen nach ein paar Jahren wieder mit dem Bagger auffahren und werden wieder solche Schlitze machen, weil diese zum Teil verlanden. Mit künstlichen Massnahmen schaffen wir Lebensräume für die vom Aussterben bedrohten Tiere. Dort ist aus

Thomas Zemp
(Die Mitte)

fachlicher Sicht ein Ort, wo es Sinn macht, einen solchen Weiher zu haben. Es wurden verschiedene Abdichtungsvarianten geprüft. Man kann diesen auch mit Lehm abdichten, aber man muss nicht glauben, dass es dann ein geringerer Eingriff ist, als wenn man die Wanne verlegt. Ich stelle schon fest, dass sich viele an der Wanne stören. Zugegebenermassen ist das vielleicht schon ein bisschen schwerer vorstellbar als Ideal-massnahme. Aber da zähle ich auf die, die das erarbeitet haben.

Ich möchte noch auf das Votum von Herrn Eberhard zurückgreifen. Und zwar hat der Ort dieser Weiher sehr wohl eine ganz wichtige Bedeutung bei der Erhaltung der Artenvielfalt. Ich habe gerade einen relativ aktuellen Artikel der LZ von Frau Peter von Ende September vor mir. Sie schreibt, dass sich in unterschiedlichen Distanzen zu den Weihern Amphibien-Laichgebiete von nationaler Bedeutung befinden. Diese Weiher nehmen eine ganz wichtige Position ein im Gefüge der vorhandenen und erreichbaren Amphibien-Laichgewässer. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der SVP abzulehnen.

Larissa Lehner-Graf
(L20)

Ich will dem nicht mehr viel beifügen, ausser dass von 22 Amphibienarten in der Schweiz 19 akut bedroht sind. Deshalb ist das Ganze wichtig und weil es eine Ersatz-massnahme ist, wird eben auch mit Ingenieurbiologie ein Ersatz geschaffen. Es ist nachher ein menschengemachter Weiher, weil man an anderen Orten sehr stark eingegriffen hat. Ich würde auch bitten, den Antrag abzulehnen.

Bernhard Wehrli (L20)

Abstimmung:

Antrag auf Änderung der SVP: Auf Investitionen von 120'000 Franken zur Sanierung des Weiher Spitz sei zu verzichten. Das Globalbudget Investitionsrechnung AB 301 ist demzufolge um den Betrag von 120'000 zu reduzieren und beträgt neu 3'535'000 Franken.

Jürg Biese (FDP)

Der Antrag wird 17:11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Aufgabenbereich 401 – Gesundheitswesen

4.2 Aufgabenänderungen und Projekte, Position 540110

Hier kommt der nächste Antrag der GPK, und zwar geht es bei der Altersstrategie darum, dass man die projektierten 150'000 Franken für nächstes Jahr um 50'000 Franken kürzt. Die Begründung ist, dass diese Stelle frühestens ab Mitte Jahr angetreten werden kann. Wie bereits beim Eintreten erwähnt, zum Teil ist es gar noch nicht klar, was genau für eine Stelle da kommt.

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Ich war in der GPK in einer Minderheit und habe den Antrag nicht angenommen. In meinen sieben Jahren als Einwohnerrat erlebe ich es das erste Mal, dass von Einwohnerratsmitgliedern kritisiert wird, dass Stellen so budgetiert werden, dass das Budget für zwölf Monate reicht. Gemäss meiner kurzen Recherche war es bisher so, dass wegen Strategien neue Stellen, welche bereits im Stellenplan eingestellt sind, selbstverständlich auch für zwölf Monate budgetiert wurden. Es ist mir klar, dass die Gemeinde für die Stelle für die Altersstrategie nicht mehr ausgeben wird als das ab der Stellenbesetzung nötig ist. Das Geld für die restlichen Monate, wo niemand arbeitet, wird nicht sonst irgendwo ausgegeben. Den Antrag finde ich unnötig, er entspricht nicht der bisherigen Logik, und es ist auch erstaunlich, dass ausgerechnet bei der Altersstrategie diese Logik geändert werden sollte. Die L20/Junge L20-Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Lukas Bucher (L20)

Diese Umschreibung ist richtig, man hat das bisher nicht so gemacht. Wir haben dem Umstand Rechnung getragen, dass wir bei den letzten Diskussionen, welche zur Altersstrategie geführt wurden, noch nicht genau wussten, wer da kommt bzw. wie das Ganze ausgestaltet ist. Es ist noch sehr in der Schwebe, wie es vom Fachlichen her aussieht bzw. wie es genau zum Laufen kommt. Es geht nicht darum, dass es die Altersstrategie ist, sondern es wurde die vorangehende Diskussion an der letzten

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Einwohnerratssitzung gewichtet. Und wie gesagt, es ist noch nicht klar, wie es dann aussieht und wer das Ganze machen wird.

Herr Camenzind, ich nehme Sie dann beim Wort, dass wir das in Zukunft auch so handhaben. Ivan Studer nickt schon – wunderbar. Dann werden wir hier also mit diesem ersten Wurf vielleicht die Praxis ändern, wenn das jetzt durchkommt.

Sofia Galbraith (L20)

Es ist für mich extrem erstaunlich, wie man jetzt hier wieder über den Stellenplan diskutiert. Bisher hat man noch nie einen Stellenplan in einem AFP diskutiert. Das ist operativ und nicht wirklich AFP-tauglich, solche Themen zu behandeln. Ich habe Ihnen das zur Verfügung gestellt. Und was genau nachher im Stellenplan stehen wird, das diskutieren nachher die Personalverantwortlichen gemeinsam mit den vorgesetzten Personen. Es ist überhaupt nicht so, dass das nicht ausgeklügelt ist. Es braucht eine Fachperson und diese Fachperson – und das ist auch ganz klar, wie die Stelle nachher sein wird, weil es braucht eine Fachperson – das kann nicht irgendjemand sein. Eigentlich muss man jetzt hier drin nicht darüber diskutieren. Ich stelle ja nicht einmal einen Antrag oder einen Gegenantrag, dass man die 50'000 Franken stehen lässt. Aber ich finde, es ist nicht gerechtfertigt, dass man hier über den Stellenplan und die Fachlichkeit diskutieren muss, denn die Fachlichkeit dieser Stelle ist gegeben.

Claudia Rösli Schuler (L20)

In einem Budgetierungsprozess geht es darum, dass man das Budget möglichst akkurat abbildet. Und wenn man weiss, dass man Stellen nur sechs Monate besetzt und nicht zwölf Monate, dann budgetiert man auch für sechs Monate. Wenn wir das bisher an anderen Orten nicht so gemacht hat, dann bin ich absolut der Meinung, muss man das zukünftig ändern. Wenn man schon im Budgetierungsprozess weiss, dass eine Person nur eine gewisse Zeit des Jahres da ist, soll diese Person in diesem Jahr auch nur für die Anzahl Monate budgetiert werden. Das hat für mich nichts mit Fachlichkeit zu tun, sondern wenn die Person sehr wahrscheinlich erst Mitte Jahr anfängt, dann braucht man auch nicht 150'000 Franken, dann kann man das entsprechend kürzen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag auf Änderung der GPK: Kürzung Projekte Altersstrategie 540110 um 50'000 Franken auf 100'000 Franken. Anpassung Globalbudget Gesundheit auf 8'309'412 Franken.

Jürg Biese (FDP)

Dem Antrag wird 17:10 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Aufgabenbereich 405 – Gesellschaft

Pius Barmet (GLP)

4.1 Globalbudget Erfolgsrechnung

Wir haben hier einen kosmetischen Antrag. Es geht darum, Luft aus dem Budget zu nehmen, wenn das irgendwie möglich ist. Im Bereich Gesellschaft wurden bisher 20'000 Franken für das Jugendparlament budgetiert. Das Jugendparlament existiert nicht mehr und deshalb stelle ich hier den Antrag, dass der Sach- und Betriebsaufwand um 20'000 Franken reduziert werden soll auf 255'900 Franken, demzufolge sinkt das Globalbudget auf 2'407'910 Franken.

Es ist überhaupt nicht so, dass das Jugendparlament nicht mehr existiert. Es existiert nach wie vor, sie haben einen neuen Vorstand gegründet und es ist nach wie vor aktiv. Wie lange es existieren wird, wissen wir nicht, aber in diesem Jahr existiert es und es wird auch im nächsten Jahr weiter existieren. Von daher bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Es ist absolut nicht fair, jetzt wo man einen neuen Vorstand hat, dass man ihnen das Budget kürzt, weil vorher hatten sie das auch.

Claudia Rösli Schuler (L20)

Demokratie – nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf kantonaler und nationaler Ebene – lebt davon, dass sich Leute einbringen und ihre Meinung sagen. Ich denke, dass wir da alle gleicher Meinung sind. Trotzdem liegt die Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz im Durchschnitt unter 50 %. Das liegt daran, dass viele Leute

Maline Zimmermann (L20)

sich nicht dafür interessieren und die komplizierten und ausführlichen Vorlagen, die wir hier besprechen, schlicht nicht verstehen. Um das Verständnis und das Interesse zu fördern, muss man früh anfangen. Man muss nicht erst mit 18 anfangen, sich für Politik zu interessieren. Sondern das darf man und soll man schon viel früher. Um das Interesse zu fördern und diesen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen, braucht es das Jugendparlament. Das ist ein Verein, der von der Jugendanimation unterstützt wird, aber von den jungen Menschen selber organisiert wird. Es gibt nach wie vor junge Menschen – wie Frau Rööfli gesagt hat – die sich in diesem jungen Parlament engagieren. Ja, die Gründungsmitglieder sind älter geworden, aber neue sind nachgerutscht und auch sie interessieren sich für die Politik. Und ja, es wurde in letzter Zeit ein bisschen ruhiger um das Jugendparlament. Aber es gibt die Anläufe, das wieder aktiver zu machen, besonders auch in Zusammenarbeit mit den Schulen. Mit dem Streichen des Budgets versetzen wir dem jungen Projekt noch einmal den Todesstoss und halten junge Menschen aktiv davon ab, sich in der Politik zu engagieren.

Ich finde es jetzt sehr seltsam, dass dieser Antrag gegen das Jugendparlament gerade aus der Die Mitte/GLP kommt, wo sie es ursprünglich mit Ivan Studer zum Laufen gebracht haben. Natürlich hatte das etwas Anlaufschwierigkeiten. Aber wie wir jetzt hören, ist es am Leben und es hat auch einen gewissen Generationenwechsel gehabt, was bei jungen Leuten natürlich öfters passiert als bei uns etwas Grauhaarigen. Deshalb mache ich mich dafür stark, das nicht zu streichen.

Sofia Galbraith (L20)

Sie haben mich angesprochen, Frau Galbraith. Ja, ich war vor ein paar Jahren, als ich Einwohnerratspräsident war, wesentlich am Aufbau des Jugendparlaments beteiligt. Fakt ist, dass ja das bestehende Jugendparlament danach aufgelöst wurde und nicht mehr weiter existiert hat. Die Webseite ist nicht mehr aktiv und auf der Gemeindef Webseite findet man ausschliesslich Archiv-Informationen vom alten Parlament. Im letzten Jahr hat keine oder wenig öffentlich-wirksame Tätigkeit stattgefunden. Wenn jetzt offensichtlich wieder ein Vorstand gegründet wurde und aktiv ist, dann könnte man eventuell den Antrag auf Bemerkung überweisen, dass man sagt, sofern das Jugendparlament innerhalb der nächsten Monate nicht aktiv ist, dass man dann den Betrag streicht. Ich bin immer noch Fan davon, dass Jugendliche sich in der Politik engagieren. Aber wir können sie auch nicht zwingen, und wenn das Bedürfnis nicht vorhanden ist, dann ist es schwierig, ein Bedürfnis zu kreieren. Am Ende müssen sich die Jugendlichen selber daran beteiligen. Man kann probieren, ein Gefäss zu geben, aber wenn das Gefäss nicht genutzt wird, muss man sagen, dass es dieses nicht braucht.

Ivan Studer (Die Mitte)

In Horw gibt es sehr viele Jugendverbände, Jugendvereine, wo sich sehr viele Jugendliche engagieren. Vielleicht hat es einfach auch nicht mehr Jugendliche und vielleicht findet man auch nicht eine genügend breite Basis. Wenn sich nur fünf, sechs Personen im Jugendparlament engagieren, dann ist die Basis einfach zu klein. Wenn von diesen Personen dann zwei oder drei kein Interesse mehr haben, dann zerfällt das Konstrukt. Und wenn wir immer nach einem Jahr oder zwei Jahren Wiederbelebungsversuche machen müssen, dann probieren wir vielleicht auch einfach ein Bedürfnis zu kreieren, welches schlussendlich gar nicht benötigt wird.

Es geht hier nicht um Fairness gegenüber der Jugend. Es geht, wie wir von den Vorrednern gehört haben, um Transparenz, um Information. Wie ist der Stand bei der Jugendbewegung, bei der Jugendpolitik? Immerhin, das haben Sie mit dem Antrag erreicht, es wird jetzt wieder über den Stand gesprochen. Ich möchte anfragen oder zu bedenken geben, wenn das ein Verein ist – ich gehe davon aus aufgrund des Votums von Frau Rööfli – dann hat ja gerade die antragstellende Fraktion und Partei ein Vereinsreglement in Bewegung gesetzt bzw. unsere Gemeinde verfügt darüber. Wieso kann man dann die finanzielle Unterstützung des neu wieder aktiv gewordenen Jugendparlaments nicht auf diese Art finanzieren? Finanzpolitisch fände ich das viel angemessener, als einem einzigen mutmasslich kleineren Verband laut Antrag einen

Reto von Glutz (SVP)

Kredit von 20'000 Franken zur Verfügung stellen. Das hätten noch viele Vereine gerne, aber Sie können sicher mehr dazu sagen.

Es ist schön, hat es einmal den Vorstoss gegeben, dass das Jugendparlament in einer ersten Phase entstehen durfte. Es war wahrscheinlich auch ein bisschen eine Erbschaft aus den gleichen Reihen, die das Parlament übernehmen musste mit dem Drängen darauf, dass es ein Verein sein muss und dass die Gemeinde nicht unterstützen darf, dass das Ganze zum Fliegen kommt, und dann dauert es halt länger. Wir wissen selber alle, wie die Jugendlichen funktionieren und dass es manchmal schwierig ist, sich zu organisieren. Mit der Neugründung der BGSK – und jetzt spreche ich als Präsident dieser Kommission – haben wir das Thema aufgenommen, weil wir uns da thematisch als zugehörend empfinden und haben auch erste Schritte unternommen, dass das Ganze wieder in geregelte Bahnen kommen kann. Im ersten Austausch hat der Gemeindepräsident Gaudenz Zemp, welcher Bildungsverantwortlicher ist und der politischen Bildung einen hohen Stellenwert zumisst, das Geschäft zu sich genommen. Es ist in keiner Weise gestorben. Im Gegenteil – wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass es in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Gesellschaft und der Schule auf eine neue Ebene gestellt werden muss. Wenn man jetzt die 20'000 Franken streicht, dann können wir es heute ein für alle Male beerdigen. Dann wird es nicht mehr kommen, dann haben wir keine Mittel mehr, welche wir dieser Organisationsform – diesem Verein – anbieten können, sodass sie sich organisieren und dass sie ihre Kosten decken können.

Philipp Peter (L20)

Um auf Ihre Frage zu antworten: Die Statuten haben sie selber gemacht, das ist ja ihr eigener Verein. Dazu kann Ihnen Herr Studer sicher besser Auskunft geben, er war involviert. Wir vom Team Gesellschaft waren nur am Rand involviert. Sie sind eigenständig und es sind zu wenig Mitglieder, dass sie mit dem Beitrag existieren könnten, den sie bekämen. Von dem her hat man damals so entschieden, dass man ein Budget spricht, welches vom Team Gesellschaft verwaltet wird.

Claudia Rösli Schuler (L20)

Es ist sonnenklar, auch unsere Fraktion ist für das Jugendparlament. Es liegt auf der Hand, dass wir diesen Punkt herausgepickt haben, eben darum, weil wir von Anfang an dabei waren und weil wir festgestellt haben, dass die 20'000 Franken immer noch im Budget sind. Es ging uns nicht darum, gegen das Jugendparlament zu schießen. Sondern – wie ich es einleitend gesagt habe – darum, dass man – wo immer möglich – Luft aus dem Budget nimmt. Es ist in den nächsten Jahren wichtig, dass man gerade beim Sach- und Betriebsaufwand vorsichtig budgetiert und dort nicht einfach alte Positionen stehen lässt. In Anbetracht dessen, was uns Frau Rösli mitgeteilt hat und wir auch mit Freude feststellen können, dass das Jugendparlament weiter existiert, sind wir bereit, den Antrag zurückzuziehen und wir werden die Situation im Verlauf des Jahres weiter beobachten.

Pius Barmet (GLP)

Aufgabenbereich 501 – Immobilien und Sicherheit

Ivan Studer (Die Mitte)

4.2 Aufgabenänderungen und Projekte, Pos. 560500

Beim Antrag der BVK geht es um die Position E-Ladestationen, welche auf den Seiten 25 bis 29 mit jeweils 30'000 Franken budgetiert sind. Die Realisierung der E-Ladestationen wird von der ewl inklusive der Investitionen übernommen und demzufolge kann man das hier aus dem Bereich streichen. In der GPK gab es noch die Diskussion, ob diese Position erfolgsrelevant ist oder nicht, das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Aber wir von der BVK würden das streichen und Meinrad Hermann wird dann regeln, ob das noch in die Erfolgsrechnung einfließt oder nicht.

So wie ich informiert bin, sind zwar die 30'000 Franken unten bei den Aufgabenänderungen und Projekten drin und auch in der Summe beim Total Aufgabenänderungen, aber oben im Globalbudget ist die Summe nicht enthalten.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Abstimmung:

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Änderung (Budget 2026); Antrag auf Bemerkung (FP 2027-2029) der BVK:
Der Investitionsbetrag E-Ladestationen von je 30'000 Franken für die Jahre 226 bis 2029 soll gestrichen werden.

Dem Antrag wird 20:0 Stimmen bei 8 Enthaltungen zugestimmt.

5. Investitionen

Astrid David Müller
(SVP)

Pos. 420206, Rahmenkredit Instandsetzung LVV 2026

Die Zahlen auf S. 139 stimmen nicht, da ist eine falsche Zahl eingesetzt. Es sind 1'102'000 Mio. Franken anstelle von 1'012'200 Mio. Franken. Man sieht das auf der Auflistung, Seite 141, wo die Rahmenkredite aufgeführt sind. Wenn man diese Zahlen zusammenzählt, sieht man, dass es eben 1'102'000 Mio. Franken sind. Ich bitte um entsprechende Korrektur.

Danke für die Klärung, das nehmen wir so zur Kenntnis.

Jürg Biese (FDP)

Es kommen noch einmal zwei Anträge der BVK. Und zwar geht es um die Planung und Realisierung der PV-Anlage Werkhof Teil 1 und Werkhof Teil 2, ich habe das im Eintreten bereits erwähnt. Die Realisierung war für 2025 geplant und wurde nicht realisiert, wie die zuständige Gemeinderätin Astrid David Müller ausgeführt hat, weil die Trafostation weit weg ist und eine technisch vernünftige Umsetzung sehr wahrscheinlich gar nicht machbar ist. Zusätzlich – und das ist ein weiterer wichtiger Punkt – ist die mittelfristige Zukunft des Werkhofs noch offen. Sehr wahrscheinlich wird der Werkhof in absehbarer Zeit in dieser Form und an diesem Ort nicht mehr gebraucht. Das kann bereits ab 2035 schon der Fall sein, es kann auch ein bisschen später sein. Eine PV-Anlage wird über 20 bis 25 Jahre betrieben, da macht es keinen Sinn mehr, dass wir eine PV-Anlage in dieser Grössenordnung aufs Dach stellen, wenn man in zehn Jahren das Gebäude nicht mehr braucht und abreisst. Das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll, es gibt technische Herausforderungen und wir sind der Meinung, dass die knapp 500'000 Franken für Klimaschutzmassnahmen besser anderweitig investiert werden. Deshalb gibt es zuerst einmal einen Antrag auf Bemerkung, dass der Gemeinderat aufgefordert wird, auf den geplanten Budgetübertrag von diesen zwei Positionen 207'000 Franken und 296'000 Franken auf das Jahr 2026 zu verzichten. Das ist ein Antrag auf Bemerkung, denn das ist in der Kompetenz des Gemeinderats. Der zweite Antrag ist, den Ertrag von 37'200 Franken für 2026 zu streichen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Grundsätzlich opponiere ich nicht, ich möchte einfach präzisieren. Es ging bei dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung primär darum, dass man die Lebensdauer der Photovoltaikanlage angeschaut hat, man ging damals von 25 Jahren aus und hat gesagt, dass sich das nicht rechnet. Nach 25 Jahren hätte man noch einen Restwert von rund 250'000 Franken und selbst wenn man das weiterziehen würde, so kann man sich ausrechnen, dass der Restwert nicht wahnsinnig viel kleiner wird. Man muss aber dazu auch sagen, dass damals das Thema LEG nicht angeschaut wurde, man hat lediglich die Lebensdauer angeschaut. Grundsätzlich ist es aber – so glaube ich – aus technischen Gründen bei uns nicht möglich, dass wir etwas übertragen könnten. Planungsberichte etc. können nicht mehr über die Investitionsrechnung abgehandelt werden, sondern diese müssen über die Erfolgsrechnung abgehandelt werden. Das führt dazu, dass das Globalbudget der Immobilien überschritten ist und dadurch kann es auch gar keine Überträge mehr geben. Dies einfach als Ergänzung.

Astrid David Müller
(SVP)

Ich möchte Sie darum bitten, dem Antrag nicht zuzustimmen. Im Rahmen der Klima- und Energiestrategie der Gemeinde Horw werden auf geeigneten Dachflächen von gemeindeeigenen Gebäuden Solaranlagen gebaut. Diese Energie ist nötig, um von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umzusteigen und somit dem Klimawandel entgegenzuwirken oder zu verringern. Aktuelle Berichte zeigen, dass wir global gesehen

Maline Zimmermann
(L20)

das 1.5-Grad-Ziel nicht einhalten können, weshalb griffige Klimamassnahmen wichtiger denn je sind. Ich als junge Person würde mich freuen, wenn es immer noch Gletscher gibt, wenn ich dann so alt bin wie einige andere in diesem Raum. Das Werkhofgebäude soll nach aktuellen Plänen der Gemeinde einmal abgerissen werden. Aber wie ich das vorher gehört habe, ist es noch nicht klar wann und Baupläne verzögern sich ja oft, weil immer wieder unbekannte Faktoren kommen und auch die vorgeschlagene Steuerfusssenkung kann dazu führen, dass das Budget knapp wird. Ausserdem werden ja momentan auch noch Räume in diesem Gebäude ausgebaut, also so bald wird es wahrscheinlich nicht abgerissen. Deshalb möchte ich Sie bitten, der Streichung nicht vorschnell zuzustimmen und die Dachfläche als Nutzung für Solaranlagen beizubehalten. Solaranlagen können heutzutage sogar in fünf bis zehn Jahren amortisiert werden und auch Trafostationen können neu gebaut werden.

Ich möchte einfach noch einmal klarstellen. Der BVK geht es nicht um ein Statement für oder gegen klimafreundliche Energie – absolut nicht. Die BVK macht da eine technische Aussage, bei der es darum geht, dass wenn es aus technischer Sicht keinen Sinn macht, auf einem Gebäude etwas zu installieren, dass man das Geld – es sind immerhin fast 500'000 Franken – an einem Ort einsetzt, an dem man für den gleichen Beitrag einen viel höheren Nutzen erzielen kann. Ich glaube, wir haben in der Gemeinde Horw noch genügend Möglichkeiten, wo wir noch PV-Anlagen realisieren können. Deshalb ist es gescheiter, dass wir uns da fokussieren, wo wir wirklich einen Nutzen haben und uns nicht auf irgendetwas fokussieren, wo wir a) technisch nicht wissen, ob es wirklich sinnvoll ist und b) eine Lebensdauer eines Gebäudes haben, die vielleicht noch zehn Jahre ist, wo es einfach wirklich keinen Sinn macht.

Ivan Studer (Die Mitte)

Wir sprechen jetzt über das Budget, es geht aber um einen Posten aus dem 2025, der nicht realisiert wurde. Überträge können wir nicht machen. Das schliesst aber nicht aus, dass man das nicht wieder budgetieren könnte, wenn man sieht, dass es doch Sinn macht. Zum Beispiel in Zusammenhang mit dem LEG, oder vielleicht kann man mit dem ewl verhandeln und man findet einen besseren Standort für die Trafostation. Deswegen ist das Projekt nicht gestorben, sondern man würde es einfach noch einmal budgetieren und noch einmal darlegen, dass es jetzt wirtschaftlich doch Sinn macht. Von dem her ist es kein Drama, wenn man das rausstreichen würde.

Astrid David Müller
(SVP)

Ich muss eine Aussage korrigieren, die ich vorher gemacht habe. Meinrad Hermann hat mich darauf aufmerksam gemacht. Es ist so, dass trotz dieser Budgetüberschreitung Investitionen ins neue Budget übertragen werden können. Nur bei der Erfolgsrechnung ist es nicht möglich.

Abstimmung:

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung der BVK: Der Gemeinderat wird gebeten auf die Planung und Realisierung der PV-Anlage Werkhof Teil 1 von 207'000 Franken und Werkhof Teil 2 von 296'000 Franken zu verzichten und den Budgetübertrag nicht zu genehmigen.

Dem Antrag wird 19:9 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Dann konsequenterweise noch der zweite Antrag, dass man den erwarteten Ertrag von 37'200 Franken für 2026 streicht, weil man diese Anlagen ja nicht realisiert.

Ivan Studer (Die Mitte)

Sie können auf diesen Antrag verzichten. Sie beschliessen ja über Bruttoinvestitionsausgaben und nicht Nettoausgaben. Von dem her spielt es keine Rolle, ob hier Einnahmen oder Ausgaben drin sind.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Ich ziehe den Antrag zurück.

Ivan Studer (Die Mitte)

S. 139, Position 434102

Pius Barmet (GLP)

In Anbetracht dessen, dass der Antrag vorher für die PV-Anlage auf dem Werkhof angenommen wurde, habe ich einen weiteren Antrag und ein Rückkommen auf Seite 139. Es geht um die Position LVV 2026, Projekt 420206, Rahmenkredit Instandsetzung. Auf Seite 141 wird diese erklärt, im Budget ist sie auf Seite 139. Es geht darum, dass die Investition in den Ensemble-Raum zu überdenken ist. Wir haben gerade vorher in der Diskussion gehört, dass der Werkhof allenfalls nicht mehr als zehn Jahre bestehen bleibt. Zusätzlich haben wir einen Planungsbericht für die Weiterentwicklung der Musikschule, welcher im Moment ausgearbeitet wird und wo wir nächstes Jahr sehen, wie es mit der Musikschule weitergeht. Darum machen wir beliebt, den Budgetbetrag von 135'000 Franken für den Umbau des Ensemble-Raums aus dem Budget 2026 zu streichen.

Astrid David Müller
(SVP)

Deshalb habe ich das vorher mit der PV-Anlage präzisiert. Die Überlegung, weshalb sich die PV-Anlage nicht lohnt, ist die Lebensdauer der PV-Anlage und nicht die Lebensdauer des Gebäudes. Der Planungsbericht Musik wird Anfangs Februar dem Einwohnerrat vorgestellt. Parallel dazu planen wir natürlich auch, wo die Bedürfnisse der Musik überhaupt erfüllt werden können. Da gibt es zum Beispiel die Schiltmatthalde, welche im Vordergrund steht. Es ist uns klar, wir starten nicht am 1. Januar mit dem Ensemble-Raum. Aber es ist sehr wichtig, dass wir diesen Budgetposten haben, denn es ist jetzt schon klar, dass die Musikschule auch bei der Schiltmatthalde auf weitere externe Standorte zurückgreifen muss. Wir werden die Musikschule nicht in einem zentralen Gebäude unterbringen können und ein solcher Ensemble-Raum ist sehr wichtig für die Musikschule. Ich bin auch davon überzeugt, dass der Werkhof länger da sein wird als 15 Jahre, wahrscheinlich sogar 20 Jahre. Diese Investition lohnt sich in jedem Fall. Wenn Sie das ausrechnen, dass man einen Ensemble-Raum mieten müsste, dann sind die Kosten sicher gerechtfertigt. Die Musikschule ist jetzt schon im Werkhof drin, es macht Sinn, dass man es nicht total verzettelt, dass man zum Beispiel zwei Standorte hätte. Eben ein potenzieller Standort, welchen wir prüfen, und einen Standort im Werkhof.

Danke für die Ausführungen, Frau David Müller. Ich bin trotzdem nicht ganz überzeugt. Sie haben jetzt Optionen aufgezeigt, aber was es wo wirklich braucht, das wissen wir erst, wenn der Planungsbericht vorliegt. Und deshalb halte ich am Antrag fest.

Pius Barmet (GLP)

Die Musikschule ist sehr auf diesen Ensemble-Raum angewiesen. Wie bereits erwähnt, fangen wir nicht am 1. Januar an, wir werden Ihnen den Planungsbericht vorlegen. Wir machen eine Testplanung, was alles möglich ist in der Schiltmatthalde. Man weiss aber bereits, dass es rein von den m² her nicht möglich sein wird, die gesamte Musikschule mit allen Bedürfnissen dort unterzubringen. Der Ensemble-Raum, der eignet sich auch sehr gut. Man muss auch sehen, dass man nicht überall einen Ensemble-Raum in einem Wohnhaus machen kann. Der Werkhof eignet sich dafür sehr gut, zumal dort jetzt schon Nutzungen durch die Musikschule bestehen.

Astrid David Müller
(SVP)

Der Raum ist ja schon da. Die Musikschule braucht die Räume im Werkhof schon als Ensemble-Raum. Dieser ist sicher nicht der absolute Brüller, aber von dem her gesehen macht es doch wirklich mehr Sinn, wenn wir zuerst den B+A beraten. Dann sehen wir die ganze Auslegeordnung. Und wenn das dann so ist, dann kann man ja immer noch den Antrag auf 2027 stellen, dass man den Umbau 2027 macht. Aber es ist wirklich nicht zielführend, wenn wir einen B+A mit einer Gesamtschau in Auftrag geben und jetzt – zwei Monate vorher – machen wir Investitionen. Wie gesagt, der Ensemble-Raum ist schon da, die Kinder haben da bereits Musik gemacht. Sie können da durchaus noch ein weiteres Jahr ohne Umbau weiterhin üben und Musik machen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Frau David Müller, vielleicht können Sie noch sagen, was das genau umfasst. Ich gehe davon aus, bei diesem Betrag geht es nicht nur um ein bisschen Farbe an der Wand. Was ist denn ein Umbau in dieser Grössenordnung in dem Raum?

Philipp Peter (L20)

Es geht vor allem um Akustikmassnahmen, welche sehr wichtig sind. Der Raum wurde vorher ganz anders genutzt, man muss gewisse Änderungen machen, auch mit der Beleuchtung etc. Ein Ensemble-Raum braucht eine gewisse Grösse und dieser Raum wäre wirklich ideal für die Musikschule. Man löst das aus, sobald der Planungsbericht gutgeheissen wird seitens des Einwohnerrats. Aber dann wäre es eben schade, wenn man ab dem Februar wieder zehn Monate zuwarten müsste, bis man wieder etwas machen könnte. Die Musikschule ist sehr darauf angewiesen, dass der Ensemble-Raum möglichst schnell zur Verfügung steht.

Astrid David Müller (SVP)

Abstimmung:

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung der Die Mitte/GLP: Der Rahmenkredit Instandsetzung LVV 2026 (Projekt-Nr. 420206) soll um den Betrag von 135'000 Franken gekürzt werden, welcher für den Umbau des Ensemble-Raums im Werkhof vorgesehen ist. Folglich sollen die Investitionsausgaben um denselben Betrag auf 4'878'200 Franken reduziert werden.

Der Antrag wird 12:8 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Position 434102, S. 140

Ivan Studer (Die Mitte)

Hier kommt der letzte Antrag der BVK. Es geht um die Umsetzung der Seefeld-Etappe 1. Da sind in den Jahren 2027/2028 je 3 Mio. Franken Investitionsbeträge drin. Der Antrag der BVK ist, dass diese Beträge auf 2028/2029 verschoben werden, weil es nicht realistisch ist, dass dies im 2027/2028 gemacht wird. Der Start ist frühestens 2028. Es bildet die Realität besser ab.

Abstimmung:

Jürg Biese (FDP)

Antrag auf Bemerkung der BVK: Umsetzung Seefeld 1. Etappe: Die geplanten Investitionsbeträge von je 3 Mio. Franken sind um 1 Jahr nach hinten zu verschieben; von 2027/2028 auf 2028/2029.

Dem Antrag wird 26:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Position Nr. 461500, S. 139

Lukas Bucher (L20)

Die L20/Junge L20-Fraktion hat auf Seite 139 bei der Position 461500 einen Streichungsantrag bei der Position «Umgestaltung Parkplatz Felmis» im Rahmen von 120'000 Franken. Es seien da zwölf neue öffentliche Parkplätze vorgesehen. Mit der Erweiterung der Parkplätze im Felmis sind wir nicht einverstanden. Diese Parkplätze sind ein Anliegen – oder man könnte sogar sagen ein Auftrag – der angrenzenden Betriebe Minigolf, Hotel und so weiter. Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Parkplätze für private Firmen und ihre Kunden zur Verfügung zu stellen. Ganz anders – diese Firmen und die Organisationen sind selber verantwortlich, genügend Parkplätze für ihren Bedarf zu erstellen, zu finanzieren und zu unterhalten. Es entspricht auch nicht der Strategie der Gemeinde, den MIV zu fördern, sondern dort, wo es wie im Felmis einen guten ÖV-Anschluss gibt, primär den ÖV zur Anreise attraktiv auszugestalten, was Sie ja auch machen, dort geht eine Buslinie durch.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es ist nicht ein Auftrag von Privaten, wie das geschildert wird, welche irgendwo anders die Parkplätze realisieren könnten. Sondern es ist auch im Interesse der Gemeinde, dass die öffentlichen Parkplätze nicht total überlastet sind. Das Hotel Felmis und der Tennisclub haben eigene Parkplätze. Aber wir haben zu wenig Parkplätze und das gerade im Sommer, wenn ein grosser Run ist, auf der einen Seite die Tennisspieler da sind, auf der anderen Seite natürlich viele ins Hotel Felmis gehen und dann gibt es natürlich die, die Minigolf spielen und dann gibt es auch noch die Spaziergänger. Es wäre sehr von Interesse, wenn man den Parkplatz

Astrid David Müller (SVP)

Längacher oder Roggern entlasten könnte, sodass da mehr Leute die Möglichkeit haben, zu parkieren. Minigolf ist sicher ein Thema, weil das sehr viele Leute von auswärts anzieht. Ein grosser Teil der Kunden, fast die Hälfte der Kunden, stammen von ausserhalb von Horw, z.B. Emmenbrücke, Rothenburg, Ebikon, etc. Diese reisen dann halt wirklich nicht mit dem Bus an, weil sie vielleicht zu viele kleine Kinder haben und weil es doch relativ beschwerlich ist, da mit dem Bus hochzufahren. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen und den Budgetposten so zu belassen.

Frau David Müller, hat die Gemeinde Kenntnis, wie viele Male es zu wenig Parkplätze hat? Gibt es da irgendwelche Zahlen? Im Felmis hat es 100 Parkplätze, 45 für das Hotel Felmis, 20 für den Tennisclub und noch 35 öffentliche. Also wie viele Male haben wir denn zu wenig Parkplätze und gibt es denn eine Statistik vom Minigolf, von wo die einzelnen Teilnehmer kommen, dass man weiss, dass 50 % nicht von Horw sind?

Ivan Studer (Die Mitte)

Ich habe beim Minigolf explizit nachgefragt. Er hat über die Sommermonate eine Statistik geführt, dass eben über 40 % von auswärts kommen. Es ist so, dass es sehr häufig vorkommt. Ich habe zwar jetzt auch keine Statistik, wie oft der Parkplatz überlastet ist, aber es ist wirklich ein Problem, dass die Leute keinen Parkplatz finden und halt umkehren müssen oder eben anderweitig parkieren, z.B. auf Roggern oder im Längacher, was auch nicht in unserem Interesse ist. Aber eine eigentliche Statistik habe ich nicht. Ausser, dass ich beim Minigolf nachgefragt habe und sie mir bestätigt haben, dass dort rund 40 % von auswärts kommen.

Astrid David Müller
(SVP)

Wenn wir jetzt hier zwölf Parkplätze mehr bauen, dann werden wir in zwei Jahren wieder zwölf mehr bauen müssen, weil diese dann auch wieder nicht reichen. Wir wissen ja, dass mehr Parkplätze auch immer mehr Verkehr nach sich zieht und die Leute dann halt noch mehr mit dem Auto durch unser Dorf und nachher ins Felmis hochfahren. Sie geben uns in dem Moment schon eine super Argumentation vor, Frau David Müller. Gerade in den Sommermonaten sollten doch unsere Ausflugsziele in der Gemeinde besonders mit dem Velo und eben gerade als Fussgänger zu Fuss erreichbar sein und nicht noch zusätzliche Autos anziehen. Ausserdem – wie viele hier wissen – sind es auch ganz Viele aus dem Quartier, welche teilweise aus Bequemlichkeitsgründen das Auto nehmen und dort parkieren, weil es eben in der Regel genügend Parkplätze hat. Das Problem verschärfen wir nur, wenn wir jetzt noch mehr Parkplätze bauen und darum bitte ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Philipp Peter (L20)

Es ist Ihnen sicher aufgefallen, dass sich das Freizeitverhalten in den letzten Jahren verändert hat. Immer mehr Menschen besuchen die Horwer Halbinsel. Das Gebiet Felmis ist nicht nur ein schöner Wohnort, welcher auch zusätzlich Gewerbebetriebe hat, sondern ist sehr attraktiv. Und da kommen nicht nur von Horw, sondern eben auch von auswärts mehr Menschen. Mehr Bevölkerung und mehr Freizeitsuchende heisst einfach auch Mehrverkehr. Es ist doch eine Illusion – nicht nur im Sommer, erst recht in der Winterzeit – dass die gesamte Bevölkerung oder gerade Familien, aber auch Einzelpersonen von auswärts mit dem Bus Nr. 21 dort hinauffahren und dann vielleicht im Halbstunden-, zeitweise im Viertelstundentakt, wieder zurückfahren. Die Bevölkerung möchte mobil sein, möchte schnell auch in der Natur sein und hat im Felmis einen hervorragenden Ausgangspunkt. Im Dilemma zwischen den Kosten und der tatsächlichen Situation ist es so – und wir diskutieren bekanntlich nicht das erste Mal über mehr Parkplätze – dass das Interesse an zusätzlicher Abstellfläche dermassen zugenommen hat und sich die Situation der Bevölkerung, aber auch von zusätzlichen Vereinen, in der Region Felmis verändert hat. Der Bedarf ist wirklich ausgewiesen. Es braucht jetzt irgendwann, wenn nicht heute – dann vielleicht unter Zwang, weil die Leute illegal oder weil sie in Not sind, auf dem Felmismoosweg oder im Längacher oben parkieren – eine praktische Lösung. Und wenn man es dann auch unter den Aspekten von Umwelt und Klima mit entsiegelten oder begrünten Parkplätzen macht und die Kosten bei der Vergabe streng im Griff hat – darauf legen wir auch Wert – dann ist allen gedient.

Reto von Glutz (SVP)

Es sind nicht alle erfreut, wenn dort zusätzliche Parkplätze entstehen. Aber der Druck ist genug gross, es bedarf einer Lösung. Zu spekulieren, dass in ein paar Jahren weitere Parkplätze nötig sind, ist mir zu viel heisse Luft. Schaffen wir Tatsachen. Dem Gebiet Felmis und namentlich auch der Bevölkerung und den Betrieben dort ist geholfen, wenn man jetzt zwölf zusätzliche Parkplätze realisiert. Die SVP-Fraktion unterstützt die Position, wie sie im Bericht und Antrag ist.

Als absoluter ÖV-Fan fände ich es schön, wenn man diese Parkplätze nicht bräuchte. Aber der Bedarf ist da und dieser wurde in den letzten Jahren gestärkt. Mit dem Egli-Spycher hat man etwas für uns Horwer geschaffen, wo es bei gewissen Anlässen auch Parkplätze braucht. Grundsätzlich ist ein öffentliches Interesse da. Und die Minigöfler sind nicht nur Leute aus unseren Nachbargemeinden. Es sind auch wir selbst, wir haben es diesen Sommer auch gebraucht und die Grossmutter meiner Freundin kann leider nicht gemütlich hinauflaufen oder mit dem Bus fahren. Es ist auch die Horwer Bevölkerung auf Parkplätze angewiesen und der Bedarf ist offensichtlich mehr als genug ausgewiesen, sodass man diesen moderat ausbauen können sollte.

Ramon Bisang (FDP)

Herr von Glutz, wieso ist die Horwer Halbinsel so attraktiv? Wieso ist es ein Naherholungsgebiet, hier gerade vor den Toren der Stadt Luzern? Genau weil wir eben noch ein Gebiet haben, welches nicht mit Durchgangsverkehr belastet ist, weil wir noch gewisse Ruhe haben, weil es mit dem Velo einfach erreichbar ist – nicht ausserordentlich gefährlich. Es gibt auch dort Abschnitte, welche nicht ideal sind. Aber es ist mit dem Velo gut erreichbar, es ist ab dem Bahnhof direkt mit dem 21er erreichbar. Ich habe selber zwei Mädels, ich habe früher selber viele Ausflüge gemacht. Diese Ausflüge mit dem ÖV blieben deutlich länger als Erlebnis in den Gedanken. Und noch etwas: ich habe mit Leuten vom Tennis, vom Minigolf und vom Slice gesprochen. Das Felmis verweist auf ihrer Webseite auf den ÖV. Die anderen haben das offenbar noch nicht gemerkt. Auch dort braucht es ein Umdenken. Ich empfehle dringend die Streichung im Sinne einer naturnahen und lebenswerten Halbinsel.

Pius Barnet (GLP)

Ich hatte ebenfalls mit Minigolf, Tennis, Slice und so weiter Kontakt. Sie kamen auch auf mich zu. Bei mir schlagen zwei Herzen in der Brust. Aber ich sehe natürlich schon auch, dass man primär ÖV und Velo etc. unterstützen sollte. Und zum Längacher-Parkplatz habe ich eine Frage an Frau David Müller. Kann dieser in absehbarer Zeit geschlossen werden? Weil dann würde ich eher sagen, dass man im Felmis die Parkplätze allenfalls noch machen würde, aber dafür als Gegenleistung den Längacher-Parkplatz, den es dort aus meiner Sicht nicht braucht, schliesst. Was ist da in der Planung drin? Sie haben es vorhin erwähnt, das würde mich einfach interessieren.

André Fallet (GLP)

Ich verstehe, wenn Sie da von der Mobilität reden – ÖV und Velo. Es sind nicht alle in der Lage, ÖV und Velo zu benutzen und dann schliesst man halt einen grossen Teil aus, wenn wir sagen, dass gewisse Naherholungsgebiete nur mit ÖV und Velo erreichbar sind. Beim Längacher haben wir eine Sondernutzung, die Parkplätze dort sind relativ teuer. Momentan ist es nicht angedacht, weil man das mit den Wildparkierern recht gut in den Griff bekommen hat. Es ist eine beschränkte Anzahl von Parkplätzen, es sind nicht viele. Aber vielfach sind die Leute in der Mobilität eingeschränkt oder gehen picknicken, das gibt es sicher auch. Aber es ist eine beschränkte Anzahl. Das Gebiet Felmis ist mit dem Auto auch erreichbar, ohne dass man durchs Dorfzentrum fährt. Von dem her ist es nicht eine Belastung des Dorfs. Umgekehrt wurden im Dorfzentrum konsequent relativ viele Parkplätze abgebaut. Ich erwähne den Mittelstreifen, auch an der Allmendstrasse hat man Parkplätze abgebaut und man muss sehen, ausserhalb sind dann halt Leute beeinträchtigt, die nicht so mobil sind und die vielleicht nicht Velo fahren oder den ÖV nicht nutzen können. So macht es auch Sinn, dass man diesen Leuten die Möglichkeit gibt zu parkieren.

Astrid David Müller
(SVP)

Es geht nicht darum, dass wir Leute, welche den ÖV nicht nutzen können, vom vorhandenen Angebot ausschliessen wollen. Aber wenn alle, welche ohne Auto gehen können, auch ohne Auto gehen würden, dann wären die 100 Parkplätze ganz sicher genug.

Marc Wiest (Die Mitte)

Frau David Müller, die Kastanienbaumstrasse ist eine der meistbefahrenen Strassen in Horw. Wenn Sie sagen, das belastet den Dorfkern nicht, ist das Ihr gutes Recht. Aber es gibt auch Menschen, die an der Kastanienbaumstrasse wohnen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Frau David Müller, ich möchte einfach noch ergänzen: Wenn es den Leuten nicht möglich ist, mit dem ÖV oder mit dem Velo dort hinaufzufahren, dann ist es ihnen auch nicht möglich, Minigolf zu spielen, geschweige denn Tennis zu spielen oder dort zu spazieren. Das Argument hält meiner Meinung nach nicht stand.

Larissa Lehner-Graf (L20)

Die 100 Parkplätze sind aufgeteilt. Die Gäste vom Felmis gehen auf ihre Parkplätze, der Tennisclub ist darauf bedacht, dass seine Parkplätze nicht von Leuten genutzt werden, die nicht im Tennisclub sind. Und es gibt Personen, die sind wirklich nicht so mobil. Die sitzen dann vielleicht irgendwo im Längacher auf ein Bänkli und können nicht so weit laufen. Ich finde es zynisch zu sagen, wer nicht mit dem Velo ins Felmis hinauf fahren kann, kann auch nicht Minigolf spielen. Diese Aussage finde ich nicht unbedingt angemessen.

Astrid David Müller (SVP)

Ich hoffe, die Diskussion über Ideologien und Hypothesen ist abgeschlossen.

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Antrag auf Änderung der L20/Junge L20: Streichung der Position 461500 Umgestaltung Parkplatz Felmis 120'000 Franken. Investitionsausgaben S. 141 um 120'000 Franken kürzen.

Dem Antrag wird 16:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Aufgabenbereich 503 – Feuerwehr, S. 151ff

Hier kommt eine Ankündigung des letzten Antrags der GPK. Es geht hier um die Feuerwehersatzabgabe. Die GPK hat festgestellt, dass der Einwohnerrat diese freigeben bzw. festlegen müsste. Das haben wir in der Vergangenheit nicht gemacht. Der Antrag lautet «Die Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2026 wird auf 2.8 Promille festgelegt».

Leo Camenzind (Die Mitte)

Das Votum von Herr Camenzind trifft absolut zu. Das war eine Unterlassung in den letzten Jahren und wir haben entsprechend den Antrag auf der letzten Seite vorbereitet.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Aufgabenbereich 505 – Abfall

3.2 Indikatoren (SOLL-Zahlen), S. 163

Auf Seite 163 ist ein Fehler bei der Abfallgrundgebühr. Bei 2026 ist sie noch bei 0.11. Erst auf 2027 wird diese erhöht.

Astrid David Müller (SVP)

Aufgabenbereich 600 – Steuerertrag, S. 165ff

Wie im Eintreten erwähnt, empfiehlt die L20/Junge L20, den Steuerfuss nicht zu senken. Sie wird deshalb bei den Beschlüssen einen Antrag stellen. Weil es aber auf das Globalbudget keinen Einfluss hat – es ist ja nicht ein Mehraufwand, sondern im Gegenteil ein Mehrertrag – stellen wir den Antrag nicht hier, sondern dann hinten im Beschluss.

Frank Matter (L20)

Das trifft nicht zu, was Herr Matter gesagt hat. Wenn Sie bei den Steuern einen anderen Antrag haben, müssen Sie den Betrag bei den Steuern korrigieren. Sie müssen das Globalbudget entsprechend korrigieren.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Ich bin nicht gleicher Meinung. Es ist nicht eine Erhöhung des Globalbudgets, wir wollen keine Erhöhung des Globalbudgets. Ob die Steuern in dem Mass reinkommen oder nicht, ist ja sowieso auch eine Frage. Zum Beispiel die 2 Mio. Franken, welche Sie hier als Ertrag budgetiert haben – dieser Platzhalter – das ist ja auch noch offen, ob er dann kommt oder nicht. Hier können wir ruhig die 76 Mio. Franken stehen lassen. Weil das das Minimum der Ertragsüberschüsse ist, welches erreicht werden sollte.

Frank Matter (L20)

Aber Sie beschliessen das konkrete Globalbudget. Und wenn Sie weiter hinten kommen und sagen, Sie beschliessen im Antrag etwas anderes, dann verändern Sie die Zahlen. Natürlich ist da immer eine Ungewissheit drin, diese gibt es bei jedem Globalbudget. Wir wissen auch heute nicht, ob die Personalkosten wirklich so hoch sind. Wir wissen nicht, ob die Sondersteuern wirklich so hoch sind. Aber wir müssen doch in einem Budget irgendwelche glaubwürdigen Annahmen treffen. Und indem Sie hier den Steuerfuss erhöhen, erhöhen Sie ja die Einnahmen, also verändern Sie auch das Globalbudget. Und darüber müssen Sie abstimmen. Weiter hinten beim Beschluss genehmigen Sie das Globalbudget. Da können Sie nicht mit einem tieferen Ergebnis kommen und sagen, wenn es dann mehr ist, ist es auch gut. Das müssen Sie jetzt in diesem Globalbudget einbauen.

Hans-Ruedi Jung
(Die Mitte)

Ich bin zwar nach wie vor anderer Meinung, aber dann ziehe ich den Beschluss vor. Der Antrag lautet: «Auf eine Steuerfussenkung wird verzichtet. Der Beschluss Nr. 2 wird entsprechend geändert auf einen Steuerfuss von 1.45 Einheiten. Und der Ertrag wird um 2.5 Mio. Franken höher ausgewiesen, was ein um 2.5 Mio. Franken besseres Globalbudget ergibt.». Das betrifft die Position Fiskalertrag (Erfolgsrechnung) und das Ergebnis Globalbudget, welches um 2.5 Mio. Franken besser würde, wenn man den Steuerfuss nicht senken würde.

Frank Matter (L20)

Die Zahlen unter Punkt 2 ändern sich mit der Steuerfussänderung noch einmal. Sind die aufgeschalteten Beschlüsse jetzt so korrekt? Wie lautet der Antrag der L20/Junge L20?

Jürg Biese (FDP)

Wir beantragen, den Beschluss 2 wie folgt abzuändern: «Das Budget für das Jahr 2026 wird mit einem Aufwandüberschuss von 2'442'007 Franken (dieser Betrag ist natürlich noch anzupassen durch die Änderungen, die sich während der Behandlung ergeben haben) sowie Investitionsausgaben von 13'835'000 Franken (auch diese Zahl ist wieder anzupassen entsprechend der Behandlung), ins Verwaltungsvermögen sowie einem Steuerfuss von 1.45 Einheiten beschlossen.»

Frank Matter (L20)

Die Zahlen müssen noch angepasst werden, der Antrag steht so, wir werden nachher über diesen abstimmen können und entsprechend würde dann auch das Globalbudget angepasst werden, wenn man das beschliessen würde, wie es jetzt von Ihnen vorgeschlagen wurde.

Jürg Biese (FDP)

Es soll folgender Beschluss ergänzt werden: «Die Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2026 wird auf 2.8 Promille festgelegt».

Leo Camenzind
(Die Mitte)

Da es keine weiteren Änderungsanträge gibt, machen wir jetzt ein 5minütiges Timeout, damit die Herren René Henseler und Meinrad Hermann die Zahlen zusammenzählen können.

Jürg Biese (FDP)

Anträge:

Jürg Biese (FDP)

1. Der Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2026 bis 2029 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- 2a. Das Budget für das Jahr 2026 wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 4'654'357.00 sowie Investitionsausgaben von Fr. 13'835'000.00 ins Verwaltungsvermögen sowie einem Steuerfuss von 1.40 Einheiten beschlossen.
- 2b. Das Budget für das Jahr 2026 wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'154'357.00 sowie Investitionsausgaben von Fr. 13'835'000.00 ins Verwaltungsvermögen sowie einem Steuerfuss von 1.45 Einheiten beschlossen.
3. Die Globalbudgets der nachfolgend genannten Aufgabenbereiche inkl. politische Leistungsaufträge werden, mit Änderungen, wie sie aus der Beratung hervorgegangen sind, genehmigt.
4. Die Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2026 wird auf 2.8 Promille festgelegt.
5. Die Beschlüsse Ziff. 2 und 3 unterliegen gemäss Art. 8 Abs. 1 lit. e und Art. 67 lit. a der Gemeindeordnung dem obligatorischen Finanzreferendum der Stimmberechtigten.
6. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, dem Budget 2026 mit dem Steuerfuss von 1.40 Einheiten zuzustimmen.

Abstimmung Beschlüsse:

Jürg Biese (FDP)

1. Der Aufgaben- und Finanzplan für die Periode 2026 bis 2029 wird einstimmig mit 29:0 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Budget für das Jahr 2026 wird mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 4'654'357.00 sowie Investitionsausgaben von Fr. 13'835'000.00 ins Verwaltungsvermögen sowie einem Steuerfuss von 1.40 Einheiten beschlossen. Dem Antrag wird mit 20:8 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.
3. Die Globalbudgets der nachfolgend genannten Aufgabenbereiche inkl. politische Leistungsaufträge werden, mit Änderungen, wie sie aus der Beratung hervorgegangen sind, werden einstimmig mit 29 Stimmen genehmigt.

Aufgabenbereiche:

111 – Behörden	401 – Gesundheitswesen
112 – Stabsdienste (Kanzlei und Einwohnerdienste)	403 – Sozialhilfe und -beratung
113 – Freizeit und Sport	404 – Kultur
121 – Bildung	405 – Gesellschaft
201 – Organisation und Personal	501 – Immobilien
202 – Finanzverwaltung	502 – Liegenschaften Finanzvermögen
203 – Finanzdepartement Übriges	503 – Feuerwehr
301 – Bau und Umwelt	504 – Werkdienste
302 – Gemeindewerke	505 – Abfall
	600 – Steuerertrag

4. Die Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2026 wird einstimmig mit 29 Stimmen auf 2.8 Promille festgelegt.
5. Die Beschlüsse Ziff. 2 und 3 unterliegen gemäss Art. 8 Abs. 1 lit. e und Art. 67 lit. a der Gemeindeordnung dem obligatorischen Finanzreferendum der Stimmberechtigten.
6. Den Stimmberechtigten wird 20:8 Stimmen bei 1 Enthaltung empfohlen, dem Budget 2026 mit dem Steuerfuss von 1.40 Einheiten zuzustimmen.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag Nr. 1772 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026 wird mit 21:7 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.